

# PRESSEMITTEILUNG

**PRESSESPRECHER  
Dirk Hundertmark**

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: [info@cdu.ltsh.de](mailto:info@cdu.ltsh.de)

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Energiepolitik

**Manfred Ritzek zu TOP 16:**

## **Laufzeitenverlängerung von Kernkraftwerken als „Brückenfunktion“ ist rational begründbar**

Entscheidend bei der Debatte über die Laufzeiten von Kernkraftwerken ist, dass diese rational auf Basis von Fakten geführt werden muss und nicht auf Basis ideologisch politischer Bekenntnisse.

Kernkraftwerke und damit auch die Diskussion über die Verlängerung der Laufzeiten der 17 deutschen Kernkraftwerke muss unter zwei entscheidenden Fragestellungen gesehen werden, nämlich:

1. Welchen Beitrag kann der Strom aus Kernkraftwerken für die nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energieversorgung leisten und
2. Welche Bedeutung haben Kernkraftwerke im Zusammenhang mit der Lösung des Klimaschutz-Problems? - Die derzeit höchste Aktualität steht außer Frage.

Beide Themenfelder gehören zusammen. Auch die EU hat erstmals die Energiepolitik in eine Klimastrategie eingebracht.

Im Grünbuch der EU wird in einem Atemzug gesagt, dass die weltweite Energienachfrage **und** der weltweite CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zum Jahre 2030 voraussichtlich um rund 60 % steigen werden. Und weiter heißt es, dass zu 90% der Ölbedarf und zu 80% der Erdgasbedarf der EU in den nächsten 20 bis 30 Jahren durch Importe gedeckt werden muss, Öl- und Gasimporte, die energiepolitisch aus nicht sicheren Ländern kommen.

Es wäre unverantwortlich, die Importabhängigkeit von Energie für Deutschland und Europa durch Abschalten sicherer Kernkraftwerke zu erhöhen, beträgt doch der Beitrag des Stromes aus Kernkraft in Schleswig-Holstein etwa 41%, in Deutschland knapp 30 %, in der EU fast 33 %. Der Gesamtanteil der Kernenergie an der

deutschen Energiebilanz beträgt 13%, nicht 6,2%, wie von Bündnis 90 / Die Grünen im Antrag geschrieben haben.

Kernenergie ist in Deutschland mit etwa 50 % an der Grundlast-Stromerzeugung beteiligt. Andere Grundlast-Alternativen gibt es nicht für die nächsten 20 bis 30 Jahre.

Kernenergie ist unabdingbar notwendig, und zwar heute und in den nächsten 20 bis 30 Jahren. Es gibt keine mengenmäßig relevanten regenerativen Energien, die den Ausfall der Kernenergie kompensieren können. Das mögen wir bedauern, aber es ist eine Tatsache.

Ausreichend erneuerbare Energien für den Ersatz der Kernenergie sind Optionen für die Zukunft.

Die EU-Kommission überlässt im Grünbuch zwar jedem Mitgliedstaat die Entscheidung über den Energiemix, betont aber, dass die Entscheidungen eines Mitgliedstaates sich unweigerlich auf die Energieversorgungssicherheit seiner Nachbarländer auswirkt. Und weiter heißt es, dass eine **transparente und objektive** Debatte über die künftige Rolle der Kernenergie geführt werden sollte.

Der unglaubliche Hunger nach Energie der weltweit aufstrebenden Länder lässt derzeit keine Entscheidungen gegen sichere Kernenergieanlagen zu.

Fakten mögen das verdeutlichen:

Weltweit werden 29 Kernkraftwerke gebaut, weitere sind in Planung. Auch in Europa gewinnt die Kernenergie zunehmend Akzeptanz bezüglich der Bedeutung zur Energieversorgung und zum Klimaschutz:

- Frankreich hat den Standort für einen Reaktor der dritten Generation festgelegt
- Großbritannien plant, wieder neue Kraftwerke zu bauen
- Rumänien und Finnland bauen bereits je einen neuen Reaktor – Finnland den größten der Welt
- Die drei baltischen Staaten haben sich entschieden, ein Kraftwerk gemeinsam zu errichten und zu betreiben
- Italien baut keine Kernkraftwerke, beteiligt sich aber kapitalmäßig an französischen Kernkraftwerken und sichert sich somit Strom aus Kernkraftwerken.
- Schweden, Belgien und die Niederlande haben den beschlossenen Ausstieg rückgängig gemacht. Sie haben Abschied genommen von einem Sonderweg, auf dem nur noch Deutschland übrig geblieben ist. Das ist unverantwortlich.

Wie steht es mit den regenerativen Energien:

- Die Windkraft bringt es in Deutschland heute auf einen Anteil von 5 % des gesamten Energiebedarfs, alle anderen erneuerbaren Energien auf 2 %
- Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der Windkraft ein, wir alle hier im Hohen Hause. Insgesamt 15 Offshore-Windkraftparks sind in Deutschland genehmigt, weitere 25 in Planung. Diese 40 Parks mit etwa 4000 bis 6000 Windkraftanlagen könnten mit einer Gesamtleistung von etwa 19.000 MW fast die Leistung der 17 deutschen Kernkraftwerke ersetzen, wenn die fehlende Grundlastfähigkeit nicht wäre.
- Im Umweltbericht 2006 der Bundesregierung heißt es, dass bis 2030 insgesamt 20.000 bis 25.000 Megawatt Windkraftkapazität in der Nord- und Ostsee installiert sein sollen. **Aber genau diese fast 25 Jahre müssen überbrückt werden.**
- So sehr wir uns auch den Ausbau der Offshore-Windkraftanlagen wünschen, es ist schwer vorstellbar, dass 40 Windparks mit je etwa 100 Anlagen und einer Ausdehnung von 5 Quadratkilometern je Windpark, davon 32 in der Nordsee, in den Schifffahrtstrassen der Nord- und Ostsee kurzfristig gebaut werden können.

- Mit Energie aus Holzpellet-Heizungen, Fahren mit Bioethanol oder Biodiesel aus Raps-, Zuckerrohr oder Mais-Verarbeitung, Licht aus dem Rohstoff Raps in Biogasanlagen, alles das sind zu unterstützende Entwicklungen von regenerativen Energieträgern
- Jedoch stößt auch der Ausbau der regenerativen Energien an Grenzen. Mittlerweile werden in Deutschland fast 1,5 Millionen Hektar, das sind etwa 13 % der gesamten Ackerfläche, für den Rapsanbau verwendet, davon gut zwei Drittel der Fläche für Raps zur Erzeugung von Bio-Diesel. Maximal 30 % der Gesamtanbaufläche können für Energiepflanzen genutzt werden, ohne dass die Nahrungsmittelproduktion oder der Landschaftsschutz Schaden erleidet.

Die Abholzung des Regenwaldes für den Zuckerrohr- und Palmölanbau mit den katastrophalen Auswirkungen für die Natur, für den Wasserhaushalt und für Menschen muss auch kritisch erwähnt werden, wenn so viel und so gerne von alternativen Energien gesprochen wird.

Auch die als sauber geltende Wasserkraft, die in Deutschland nur eine geringe Rolle zur Stromerzeugung spielt, ist nicht überall unkritisch zu bejubeln. Der Eingriff in die Natur – von der Behandlung der Menschen ganz zu schweigen - so bei den neuen Staudämmen in China oder in der Türkei - erfolgt in einem nie da gewesenen Maße.

Große Chancen, allerdings erst in etwa 30 Jahren, sind mit dem in Frankreich angesiedelten Forschungsprojekt zur Entwicklung des Kernfusionsreaktors zu erwarten, bekannt unter dem Begriff „ITER“ (International Thermonuclear Experimental Reactor). Eine vergleichbare Bedeutung könnte auch die Wasserstofftechnologie erfahren, allerdings auch erst in 30 bis 50 Jahren.

Die im Antrag genannte Reichweite des Urans mit 30 Jahren ist völlig aus der Luft gegriffen, ja falsch. Wirtschaftlich und technisch förderbar sind heute 3,2 Millionen Tonnen. Bei einem weltweiten Bedarf von etwa 40.000 Tonnen beträgt die Reichweite heute mindestens 80 Jahre. Im Umweltbericht der Bundesregierung wird die Reichweite der Reserven und Ressourcen gesamt auf 217 Jahre beziffert.

Zu berücksichtigen ist ferner, dass 51% der Uranvorräte in sicheren Ländern wie Australien und Canada vorkommen. Ebenso von Bedeutung ist die Tatsache, dass der Anteil des Urans an den Stromerzeugungskosten eines Kernkraftwerkes lediglich bei 3-5 % liegt, also bei Preissteigerungen nur marginale Auswirkungen auf den Gesamtpreis haben würde.

Nun zur Bedeutung der Kernkraftwerke für den Klimaschutz:

Europa macht Ernst beim Klimaschutz, so das Ergebnis der letzten EU-Ratssitzung unter deutscher Verantwortung. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß soll in Europa um 20 % bis zum Jahre 2020 reduziert werden bei gleichzeitiger Erhöhung des Anteils regenerativer Energien auf 20 %, der derzeit etwa 7% beträgt.

In Schleswig-Holstein verhindern die drei Kernkraftwerke jährliche CO<sub>2</sub>-Emissionen von etwa sieben Millionen Tonnen, in Deutschland verhindern alle 17 Kernkraftwerke einen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von jährlich etwa 160 Millionen Tonnen, insgesamt hat man 2,8 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionsvermeidung durch alle weltweiten Kernkraftwerke errechnet.

Mit Hilfe der Kernenergie lässt sich das Klimaproblem nicht lösen. Unbestritten ist aber, dass sie das Problem nicht weiter verschärft, sofern sichere CO<sub>2</sub>-freie Kernkraftwerke nicht abgeschaltet werden.

Deutschland braucht für die nächsten 20 bis 30 Jahre die Kernkraft aus den Gründen, die ich vorgetragen habe.

Wir müssen Abschied nehmen von einem Sonderweg, wenn wir ernst machen wollen mit Versorgungssicherheit, bezahlbarer Energie und Klimaschutz.

Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, dass wir grundlastfähige Energie aus Kernkraftwerken anderer Länder einkaufen werden, weil wir noch keine Alternativen für abgeschaltete Kernkraftwerke haben sollten. Vielleicht auch noch aus Kernkraftwerken, die nicht annähernd den deutschen Sicherheitsstandard besitzen.

Wir dürfen nicht aufhören, unsere Anstrengungen zur Entwicklung regenerativer Energien zu erhöhen, so wie es auch im Umweltbericht 2006 der Bundesregierung gefordert wird.

Wir müssen das Energieeinsparpotential forcieren, auch ganz neue Wege einschlagen, europaweit, ja weltweit: Hierbei sollte auch ein besonderes Augenmerk auf den globalen, internationalen und nationalen logistischen Bereich erfolgen, ein Bereich, der sich mit seinen Transporten bisher nicht an Umweltschutz ausgerichtet hat.

Wir plädieren ausschließlich für eine Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke, die die modernsten und sichersten der Welt sind. Dabei ist „Sicherheit“ das oberste Gebot jeder Argumentation für eine Laufzeitverlängerung.

Eine Laufzeitverlängerung hat damit eine Brückenfunktion solange, bis in 20 bis 30 Jahren regenerative Energien die Aufgabe der Kernkraftwerke übernehmen können.

Diese Debatte bietet die Chance, im Wirtschaftsausschuss das Thema fortzusetzen, weg zu kommen von ideologischen Argumentationen und rational begründbare Klarheit zu bekommen über ein Konzept, das den Kriterien Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz entspricht.